

Guglera: Antrag der SVP blieb erfolglos

Nach dem Ja aus dem Ständerat stimmte gestern auch der **Nationalrat** dem Kredit über 19 Millionen Franken für den Kauf der Liegenschaft Guglera bei Giffers zu. Die SVP-Fraktion hatte noch erreichen wollen, dass der Kredit für das Bundesasylzentrum gestrichen wird.

KARIN AEBISCHER

Der Bundesrat beantragte dem Nationalrat gestern mehrere Nachtragskredite zum Voranschlag 2015. Darunter war auch jener über 19 Millionen Franken für den Kauf der Liegenschaft Guglera, die ab 2017 ein Bundesasylzentrum mit 300 Plätzen wird. Als einzige Fraktion sprach sich jene der SVP gegen den Nachtragskredit aus. Der Zürcher SVP-Nationalrat Ernst Schibli kritisierte, dass das zuständige Departement damit nur vom «Asylchaos» ablenken wolle, das in der Schweiz herrsche. Er forderte eine konsequente Rückschaffung. Ansonsten würden alle Anstrengungen im Asylbereich keine Wirkung zeigen und seien nur eine «hohe menschliche und finanzielle Belastung für die Bevölkerung und für unser Land». Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf erinnerte Schibli an die Diskussionen über die Neustrukturierung des Asylbereichs. Die Schaffung von Bundeszentren sei die logische Konsequenz dieser Diskussionen und Entscheidungen. Der Preis der Liegenschaft in Giffers sei realistisch. «Wir haben eine gute und vernünftige Grundlage», sagte die Finanzministerin.

Sechs gegen Einen

Mit 136 Ja- und 49 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen hat das Parlament den Nachtragskredit genehmigt. Die Freiburger Nationalrätinnen und Nationalräte mit Ausnahme von Jean-François Rime (SVP) sagten Ja. «Ich habe wie die Fraktion gestimmt», sagte Rime gestern auf Anfrage. Eine Begründung seines Neins konnte er keine abgeben. «Es gibt viele wichtigere Themen».

Der Freiburger SP-Nationalrat Jean-François Steiert findet das Verhalten der SVP «total unseriös», weil sich die Partei sonst für die Verschärfung



Ob in der Guglera ein Verfahrens- oder ein Ausreisezentrum für Asylsuchende entsteht, ist noch nicht klar.

Bild Charles Ellena

des Asylverfahrens einsetze. «Einerseits erteilt man einen Auftrag, andererseits tut man alles dafür, um dessen Ausführung zu verhindern.» Dies gehe nicht auf. Er selber sei oft auf das Bundesasylzentrum angesprochen worden und habe sich deshalb bei Bundesrätin Simonetta Sommaruga nach dem Dossier erkundigt. Von der Wahl der Liegenschaft bis zu den Verträgen sei alles äusserst sorgfältig überprüft worden. «Ich habe vollstes Vertrauen in die Arbeit ihrer Dienste», sagt Steiert.

Nicht überrascht

Weniger Vertrauen hat der Freiburger FDP-Grossrat Ruedi Vonlanthen. Er hatte ausge-

wählten National- und Ständeräten sowie der Bundespräsidentin einen Brief gesandt, in dem er sie bat, den Nachtragskredit nicht zu genehmigen (die FN berichteten). Dass dies nun doch geschehen ist, überrascht den ehemaligen Ammann von Giffers nicht. «Ich hatte mir keine grossen Hoffnungen gemacht.» Dass fast 50 Parlamentarier dagegen gestimmt haben, sei jedoch ein riesiger Erfolg. Wichtig sei zudem, dass man in Bern nun darüber Bescheid wisse, «was hier gelaufen ist». Für Vonlanthen handelt es sich beim Verkauf der Liegenschaft Guglera um Spekulation. Er will den Verkauf deshalb weiterhin anfechten.

Vonlanthens Parteikollege Jacques Bourgeois sowie dessen gesamte Fraktion haben dem Nachtragskredit mit einer Ausnahme zugestimmt. «Wir müssen diesen Beitrag zur Asylpolitik leisten», sagte Bourgeois gestern.

Beat Fasnacht, der den Vertrag mit dem Bund am 23. April 2015 unterzeichnet hatte, zeigt sich auf Anfrage erleichtert darüber, dass die Zustimmung zum Kredit «im Parlament klar und deutlich war.» Vor allem jetzt, da die Flüchtlingsströme immer grösser würden, sei dies auch ein Zeichen dafür, dass die Bundesparlamentarier die Notwendigkeit eines Bundesasylzentrums erkannt hätten.

Asylwesen: Aufklärung für die Gemeinden

Der Staatsrat und der Freiburger Gemeindeverband haben sich am Mittwochnachmittag zu ihrer jährlichen Arbeitssitzung getroffen. Hauptthema war der Entscheid, in der Guglera ein Aufnahmezentrum für Asylbewerber zu eröffnen. «Dies entsprach einem Anliegen von unserer Seite», so Nadia Savary, Präsidentin des Gemeindeverbandes, gegenüber den FN. «Wir kannten das politische Vorgehen kaum, wenn der Kanton Standorte suchen muss», so Savary. «Der Staatsrat informierte uns über den schweizerischen Rahmen und das Abkommen unter den Westschweizer Kantonen, um Bundesasylzentren zu eröffnen.» Weitere Themen der Sitzung waren die Struktur- und Sparmassnahmen, die Unternehmenssteuerreform oder das Schulgesetz. Auch kam das Dossier zur Aufgabenflechtung zwischen Staat und Gemeinden zur Sprache. *uh*

Art des Asylzentrums: Frage bleibt weiterhin offen

Der Entscheid, ob in der Guglera bei Giffers ein Verfahrens- oder ein Ausreisezentrum für Asylsuchende entsteht, ist noch nicht gefällt. «Wir hoffen, dass wir in naher Zukunft mehr Standorte für Bundesasylzentren definitiv bestimmen und kommunizieren können. Dann wird sich auch die Struktur in der Westschweiz konkretisieren», sagte Martin Reichlin, Mediensprecher des Staatssekretariats für Migration, gestern auf Anfrage. Da es diesbezüglich keinen genauen Zeitplan gebe,

könne er kein Datum nennen, an welchem über die Art des Zentrums in Giffers entschieden werde. Er hoffe aber, dass es in naher Zukunft so weit sei, sagt Reichlin.

Die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach hatte eine Interpellation eingereicht, in der sie dem Bundesrat genau diese Frage stellte (die FN berichteten). Die Verhandlungen würden laufen, man müsse dem Prozess aber die nötige Zeit geben, so Bulliard. Sie plädiert dafür, dass die Guglera zum Verfahrenszentrum wird. *ak*